

# Demokratische Wege

Ein biographisches Lexikon

Bearbeitet von  
Manfred Asendorf, Rolf von Bockel

1. Auflage 2006. Buch. xii, 747 S. Hardcover  
ISBN 978 3 476 02135 9  
Format (B x L): 17 x 24,4 cm  
Gewicht: 1596 g

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politikwissenschaft  
Allgemein > Sachbuch, Politikerveröffentlichungen und -biographien](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



## Abendroth, Wolfgang

Geb. 2. 5. 1906 in Elberfeld; gest. 15. 9. 1985 in Frankfurt/Main



A. repräsentierte das, was die politischen Kämpfe des zwanzigsten Jahrhunderts aus der so hoffnungsvollen Kombination von Demokratie und Sozialismus gemacht haben. Er ist die Verkörperung dessen, was wir unter einem sozialistischen Demokraten, einem demokratischen Sozialisten verstehen können. Jurist von Ausbildung,

Politologe als Ordinarius, Historiker in seinen Schriften, Marxist als Wissenschaftler und Lehrer – eine singuläre Erscheinung unter den Mandarinen der Nachkriegs-Wissenschaft. Sein politischer Einsatz, sein kämpferisches Leben in der Arbeiterbewegung machten ihn zu einem Außenseiter in den Fakultäten, aber isolierten den Intellektuellen auch in den Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung. Was ihm dort an Einfluß und Einsatz verwehrt oder wieder entzogen wurde, erreichte er jedoch bei der jüngeren Generation der Studenten und Wissenschaftler an Resonanz und produktiver Aufnahme: Seit den siebziger Jahren spricht man von der Abendroth- oder der Marburger Schule.

Mit 14 Jahren trat der Sohn einer sozialdemokratischen Lehrerfamilie in den Jugendverband der Kommunistischen Partei (KPD) ein. Die Verschärfung der Klassengegensätze durch die galoppierende Inflation, die riesigen Demonstrationen aller Arbeiterparteien nach der Ermordung Matthias Erzbergers 1921 und Walther Rathenaus ein Jahr später, der frühe Kontakt des »Literaturobmanns« im »Kommunistischen Jugendverband« mit marxistischer Literatur und ihren zeitgenössischen Autoritäten, waren Erfahrungen, die seine politische und wissenschaftliche Identität für die Zukunft prägten: Arbeiterbewegung, Einheitsfront, Marxismus. A. blieb auf der revolutionären Seite der Opposition und machte alle Widersprüche in ihr durch, zusätzlich zum Kampf gegen den Faschismus, der Kritik am Stalinismus, der Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland.

1928 wurde er mit seinen Lehrern Heinrich Brandler und August Thalheimer aus der KPD ausgeschlossen. In der KPD-Opposition (KPO) und später in der Gruppe »Neu-Beginnen« – Organisationsgruppen der zersplitterten Arbeiterbewegung – nahm er den illegalen Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur auf und grenzte sich gleichzeitig von der gegen die SPD gerichteten Sozialfaschismustheorie und der

RGO-Politik (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) der KPD ab sowie von dem Anpassungs- und Tolerierungskurs der SPD. Dabei orientierte er sich an der Faschismus-Analyse August Thalheimers, die ein realistischeres Bild von der Rolle des Staatsapparates im Kapitalismus gab als die in der KPD (und später in der SED) verbindliche Dimitroff-These von 1935, die den NS-Staat als offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals charakterisierte. Auch nährte die Dimitroff-These die Illusion vom baldigen Zusammenbruch des Faschismus. Der Preis für die klarere strategische Perspektive der KPD-Opposition war A. bewußt: »Die KPO ist, eben weil sie sich an der Faschismus-Theorie Thalheimers orientieren kann, die einzige Gruppe, die im Augenblick eine sinnvolle politische Praxis zu bieten vermag. Aber sie ist isoliert von den Arbeitermassen und kann deshalb keinen praktischen Einfluß gewinnen.«

Die illegale Arbeit blieb nicht verborgen. 1937 wurde A. wegen Hochverrats vor Gericht gestellt, in den Kellern der Gestapo gefoltert, zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und anschließend in das aus politisch Vorbestraften und kriminellen Zuchthäuslern bestehende »Strafbataillon 999« eingezogen. Er konnte sich auf der Insel Lemnos 1944 zu griechischen Partisanen durchschlagen und in ihren Reihen den Kampf gegen den alten Feind wieder aufnehmen, bis er Ende des Krieges von den Engländern als Kriegsgefangener interniert wurde.

Die Niederlage der Arbeiterbewegung und die anschließenden Erfahrungen in der NS-Diktatur trugen entscheidend dazu bei, daß die theoretische Erkenntnis von der Einheitsfront und Aktionseinheit der Klassenkräfte sich für A. zum kategorischen Imperativ jeder demokratischen Bewegung erweiterte und zum Angelpunkt seines Verständnisses von politischer Praxis überhaupt wurde. In den Verhältnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit und angesichts des Kalten Krieges hielt er an dieser programmatischen Überzeugung fest.

Noch bevor er im Dezember 1946, aus englischer Kriegsgefangenschaft kommend, mit seiner Frau, der Historikerin Lisa Abendroth, nach Potsdam zu seinen Eltern zog, war er in die SPD eingetreten. Während seines zweijährigen Aufenthaltes in der Sowjetischen Besatzungszone widerstand er allen Angeboten, in die SED einzutreten. Auch dieser erneute Konflikt, ja Zwiespalt in seiner Biographie war zwangsläufig und bereits früh angelegt. Er erwuchs aus seiner politischen Identität als unabhängiger Marxist, der sich schon in einer seiner ersten Veröffentlichungen kritisch mit Lenin auseinandergesetzt hatte (*Religion und Sozialismus*, 1926) und den Terror Stalins verabscheute.

Folgerichtig war die Ablehnung der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED vom April 1946 wegen ihres demokratischen Defizits und ebenso die Flucht der Familie genau zwei

Jahre später. Zunächst, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen, sodann aber, um die intellektuelle Unabhängigkeit zu bewahren, weswegen A. ein »lukratives« Angebot Hilde Benjamins, damals Leiterin der Personalabteilung in der »Deutschen Zentralverwaltung für Justiz«, zur Rückkehr ablehnte. An die Ministerin für Volksbildung des Landes Thüringen – mit Durchschlag an H. Benjamin – schrieb er unmittelbar nach seiner Flucht ein Gesuch um Entlassung aus seiner Professur in Jena, die er ein Semester zuvor angetreten hatte: »Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich ausdrücklich betonen, daß dies Schreiben keine Ablehnung der Grundgedanken der Oktoberrevolution und des Sozialismus enthält, für die ich stets eingetreten bin und weiter ebenso entschieden eintreten werde, wie ich es in der illegalen Arbeit während des Dritten Reiches, im Zuchthaus und im Strafbataillon und als Mitkämpfer der griechischen Partisanen getan habe und daß es mir fernliegt, mich mit der Rechtsauffassung oder Politik irgendeiner Besatzungsmacht zu identifizieren.« Das galt auch für die sowjetische Besatzungsmacht, deren Einmarsch in die CSSR 1968 er öffentlich kritisierte, aber auch für die DDR, bei deren Führung er wiederholt intervenierte.

A. hatte, nach einer kurzen Professur an der neuen Hochschule in Wilhelmshaven, seit 1951 den Lehrstuhl für politische Wissenschaften in Marburg inne – eine juristische Professur wollte man dem Staatsrechtslehrer der Universität Jena trotz seiner Flucht nicht überantworten. Das hinderte ihn nicht – wenn auch nur für kurze Zeit – Richter am Staatsgerichtshof in Bremen und am Verfassungsgerichtshof in Hessen zu werden und in der ebenso elitären wie konservativen »Staatsrechtslehrrtagung« mitzudiskutieren – wo man ihm wegen seiner Ansichten schon bald das Wort entzog.

In seinen verfassungsrechtlichen Schriften dieser frühen Periode (*Das Grundgesetz*, 1966) bemühte er sich, die Offenheit des Grundgesetzes gegenüber der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – also auch einer sozialistischen – aus dem historischen Kontext seiner Entstehung und vor dem Hintergrund der früher entstandenen Länderverfassungen herauszuarbeiten. Skandalon für das Monopol der ordinierten Verfassungsinterpreten war die Herauslösung des Rechtsstaatsprinzips aus formalistischer Justizisolierung und seine »Materialisierung« durch die untrennbare Verbindung mit dem Sozialstaats- und Demokratieprinzip. Wo die herrschende Verfassungslehre lange Zeit einen Widerspruch zwischen Rechts- und Sozialstaatsprinzip postulierte, gab A. ihnen erst in ihrer wechselseitigen Verklammerung den zeitgemäßen, das heißt vom Grundgesetz gewollten juristischen Inhalt – heute eine Selbstverständlichkeit. Doch A. ging damals weiter. Er trieb das Postulat der Demokratisierung über die politischen Institutionen hinaus in alle wirtschaftlichen, sozialen und kultu-

rellen Bereiche der Gesellschaft hinein, um der Wirtschafts- und Sozialordnung einen konkret demokratischen Inhalt nach dem Willen und den Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft zu verleihen. Eine derart verstandene Verfassungstrias von Rechtsstaat, Sozialstaat und Demokratie machte nicht vor der überkommenen Eigentumsordnung halt und stärkte die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, auch das in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz: »Die lebendige und demokratisch organisierte Selbstverwaltung seiner (des parlamentarisch organisierten Staates) Gebietskörperschaften, seiner Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Heranziehung der vielfältigen demokratischen Massenorganisationen (...) sind die Kampffelder, auf denen entschieden wird, ob ein parlamentarischer Staat seinen demokratischen Integrationswert bewahrt oder am Ende auch seine parlamentarischen Formen und lediglich formellen demokratischen Spielregeln abstreift. Mit umfassendem Plan, im vollen Bewußtsein des ganzen Problems, können in dieser Auseinandersetzung nur die Sozialisten auftreten. Denn allein sie gehen von einem Denken aus, das die Einheit aller gesellschaftlichen Prozesse mit der Zielsetzung umfaßt, in ihnen die gleichberechtigte Teilhabe aller, die Demokratie, zum Durchbruch zu bringen. Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.«

A. übernahm verschiedene Gutachten für die Gewerkschaften. Doch auch diese Zusammenarbeit endete, als er sich 1957 in einem spektakulären Landesverratsprozeß vor den im Deutschen Gewerkschaftsbund bereits geächteten ehemaligen Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI), Viktor Agartz, stellte und entscheidend zu dessen Freispruch beitrug. Die Verbindung mit der SPD zerbrach ebenfalls. 1959 hatte A. noch einen auf marxistischer Analyse beruhenden Gegenentwurf gegen das Godesberger Programm zum Parteitag gebracht. 1961 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, weil er mit anderen Sozialisten einen Förderverein für den aus der SPD ausgeschlossenen »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS) gegründet hatte.

Der Studentenbewegung in den späten 60er Jahren stand A. kritisch-solidarisch zur Seite. Nach ihrem Ende und dem Beginn der sozialliberalen Koalition (seit 1969) warb A. für ein breites Bündnis zwischen der intellektuellen Linken und der Gewerkschaftsbewegung. Zuletzt engagierte er sich vor allem in der Auseinandersetzung um die Folgen des sogenannten »Radikalen-Erlasses« von 1972 und in der Friedensbewegung.

Richard Löwenthal, ein zeitweiliger Weggefährte A.s, bemerkte in einem Nachruf: »Das Schwächste an ihm, ich kann es nicht

ändern, war bei allem Einsatz sein Sinn für die politische Realität und demgemäß letzten Endes seine politische Wirkung.« Dem ist entgegenzuhalten, daß A. in seinen bedeutenden Schriften zur *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1965) und über *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie* (1964) einen scharfen Sinn für die politische Realität bekundet. Da er den Widerspruch zwischen Wahrheit, so wie er sie verstand, und Politik nicht auflösen konnte, wählte er die Wahrheit, was ihm nicht nur den Ruf größter Integrität, sondern auch unbestrittener wissenschaftlicher Kompetenz und Leistung einbrachte.

Abendroth, W.: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und hg. von B. Dietrich und J. Perels. 3. Aufl. Baden-Baden 1981. – Sterzel, D.: Wolfgang Abendroth (1906–1985). Revolutionär und Verfassungsjurist der Arbeiterbewegung; in: Kritische Justiz (Hg.): Streitbare Juristen. Eine andere Tradition. Baden-Baden 1988, S. 476–486.

*Norman Paech*

## Adenauer, Konrad

Geb. 5. 1. 1876 in Köln; gest. 19. 4. 1967 in Rhöndorf



»Die große Aufgabe bei dem Wiederaufbau Deutschlands war es, die demokratischen Kräfte in unserem Volk zu wecken, zu stärken und wachsen zu lassen. Das politische Verantwortungsgefühl eines jeden Menschen war Voraussetzung für ein politisch gesundes Deutschland. Die Demokratie erschöpft sich nicht in der parlamentarischen Regierungsform, sie muß vor allen Dingen in dem Bewußtsein der einzelnen Menschen verankert sein. Wie die parlamentarische Regierungsform sogar zur Herbeiführung der Diktatur mißbraucht werden kann, wenn die Menschen nicht wirklich demokratisch denken und fühlen, das haben uns die ersten Monate nach dem Januar 1933 gezeigt. Demokratie ist mehr als eine parlamentarische Regierungsform, sie ist eine Weltanschauung, die wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen.«

Diese Sätze finden sich im ersten Band der Lebenserinnerungen, die der 88jährige A. 1964 zu schreiben begann. Die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft und Politik nach 1945 erscheint darin vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik. Der Sieg des Nationalsozialismus war für A. das Ergebnis einer Fehlentwicklung der Moderne, die er

durch die »materialistische Weltanschauung« der Massengesellschaft und durch die »Staatsvergötzung« geprägt sah. Dem setzte er die aus christlichem Naturrecht entspringende »Würde, Freiheit und Selbständigkeit« der Person entgegen, die ihrerseits in gesellschaftlicher Verantwortung zu handeln verpflichtet sein sollte. Solche an »abendländisches Denken« appellierende Leitsätze brachten A. in Konflikt sowohl mit Marxismus und Sozialismus als auch mit dem Nationalsozialismus. Auf einer anderen Ebene liegt die Abgrenzung gegenüber Preußen. Aus dem katholischen Bürgertum des Rheinlands stammend, lehnte er die Hegemonie Preußens in Deutschland ab, was in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wiederholt zu A.s Befürwortung einer Rheinprovinz als selbständigem Land im Reichsverband führte und nach 1945 zur Politik der dezidierten Westbindung des westdeutschen Teilstaats.

A.s politische Karriere begann nach dem Jura-Studium in der Kommunalpolitik. Von 1917 bis 1933 war er Oberbürgermeister von Köln. In seiner Partei, dem Zentrum, stand er auf dem rechten Flügel. Er machte nicht nur den Rechtstrend des Zentrums seit 1929/30 mit, sondern unterstützte auch das offen antiparlamentarische Präsidialregime von Reichskanzler v. Papen. Gewisse Sympathien A.s für den italienischen Faschismus auf der einen Seite und die Ablehnung der Nationalsozialisten auf der anderen Seite kennzeichnen A.s Lagebeurteilung während der ausgehenden Weimarer Republik. In der Erwartung, die NS-Bewegung werde sich totlaufen und abnutzen, sprach er sich für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP in Preußen aus.

Nach der Bildung der von Hitler geführten Regierung wurde A. im März 1933 aus seinem Amt entfernt und hörte auf, sich politisch zu betätigen. Er war ein Gegner des Nationalsozialismus, schloß sich aber nicht dem Widerstand an. Dennoch wurde er nach dem 20. Juli 1944 für einige Zeit inhaftiert.

Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind zwei zentrale Punkte seines Denkens hervorzuheben. Von Anfang an sah er die Teilung Europas und Deutschlands als Realität an und fortan die Sowjetunion als Feind des Abendlandes. Innenpolitisch trat er für die Schaffung einer modernen Volkspartei ein und widersetzte sich allen Versuchen, das Zentrum als Partei des politischen Katholizismus wiederzubeleben. Die CDU, deren Vorsitzender er zunächst in der britischen Besatzungszone und später auch auf Bundesebene wurde, war unter seiner Führung marktwirtschaftlich orientiert. Ende 1947 deutete A. erleichtert die Entwicklung dahingehend, daß die »kommende Zeit nicht dem Sozialismus gehören wird«. Deutschlandpolitisch votierte A. parallel dazu schon vor Gründung der Bundesrepublik für eine konsequente Politik der Westbindung, die er auch während seiner Amtszeit als Bundeskanzler (1949–1963) ohne Abstriche verfolgte.

A.s Regierungsstil war patriarchalisch-autoritär und gerade deshalb in der Bundesrepublik der 50er Jahre überaus populär. Die Bundesrepublik war zwar ein im Westen verankerter Staat. Ihre Gesellschaft aber war mit Formen pluralistischer Demokratie zunächst noch wenig vertraut, so daß ein starker Kanzler, den nach dem Eindruck eines seiner engsten politischen Mitarbeiter aus dem Jahr 1953 der »Mythos der Führerpersönlichkeit« umgab, höchst willkommen war und im Zuge des »Wirtschaftswunders« ein Gefühl der Stabilität vermittelte. Die absolute Mehrheit der CDU 1957 dokumentiert die große gesellschaftliche Akzeptanz von A.s »Kanzlerdemokratie«. Sie ging mit dem allgemeinen Schweigen über die gesellschaftlichen Wurzeln des Nationalsozialismus einher sowie mit einer weitreichenden Kontinuität der Eliten im Staatsapparat, in Justiz und Bildung und nicht zuletzt auch in der Bundeswehr. Auch das innenpolitische Freund-Feind-Denken und die bedenkenlose Übertragung des für die frühe Bundesrepublik konstitutiven Antikommunismus auf die sozialdemokratische Opposition, deren eventuellen Wahlsieg A. als Untergang Deutschlands und Auslieferung an Moskau hinstellte, sind Merkmale der Adenauer-Ära. Erst gegen Ende seiner Regierungszeit verlor A. an Rückhalt: Innenpolitisch war das Ende der Ära A. durch Vorgänge wie die *SPIEGEL*-Affäre 1962 geprägt, als die Regierung mit ihrer Polizeiaktion gegen den *SPIEGEL* scheiterte; außenpolitisch durch den Mauerbau 1961 in Berlin, der das Ende der Deutschlandpolitik der CDU/CSU besiegelte, und durch die nach der Kuba-Krise 1962 mit Nachdruck betriebene Entspannungspolitik des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, die die Bundesrepublik in eine Isolierung zu drängen drohte.

A.s Kanzlerschaft schuf die Grundlage für die Anbindung der Bundesrepublik an den Westen, was den traditionellen antiwestlichen Affekt in der deutschen Politik beenden half. Daß dies mit einem Defizit an Demokratie einherging, kann vor dem Hintergrund der deutschen Entwicklung bis 1945 nicht überraschen und wurde erst nach Abschluß der Ära A. korrigiert.

Blumenwitz, D. u. a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. 2 Bde. Stuttgart 1976 – Schwarz, H.-P.: Adenauer. 2 Bde. Stuttgart 1986 u. 1991 – Sternburg, W. v.: Adenauer. Frankfurt/Main 1987 – Köhler, H.: Adenauer. Frankfurt/Main, Berlin 1994.

Gottfried Niedhart

## Adorno, Theodor W.

Geb. 11. 9. 1903 in Frankfurt/Main; gest. 6. 8. 1969 in Visp, Kanton Wallis (Schweiz)



A.s politische Biographie ist durch den epochalen Bruch gekennzeichnet, den der Faschismus in Deutschland bewirkt hat. Das traumatische Erlebnis der Emigration, die anschließende Mitarbeit bei der Etablierung von Demokratie und freier Kultur in der Bundesrepublik und schließlich das problematische Verhältnis zur

Studentenbewegung haben A.s Lebensgeschichte und seine kritische Theorie der Gesellschaft beeinflusst. Für den jungen Privatdozenten der Philosophie, dem die Nationalsozialisten 1933 die *Venia legendi* an der Frankfurter Universität entzogen hatten, schien es zunächst noch gar nicht ausgemacht, daß er emigrieren mußte.

Theodor Ludwig Wiesengrund-A. war am 11. September 1903 in Frankfurt geboren worden. Aufgewachsen in einem musikalisch-kulturellen Lebenskreis, philosophisch geschult durch den älteren Freund Siegfried Kracauer, den bedeutenden Feuilletonisten der Frankfurter Zeitung, entfaltete A. schon als junger Mann eine beeindruckende Wirkung in kulturellen Institutionen des liberalen Bürgertums der ehemaligen »Freien Reichsstadt Frankfurt«. Als Student war er bereits einflussreicher Musikkritiker im Geiste der radikalen Moderne. Er trat früh für Arnold Schönberg ein. Eigene Kompositionen wurden aufgeführt. Mit 21 Jahren schloß er sein Studium der Philosophie, Musikwissenschaft, Psychologie und Soziologie mit der Promotion in Philosophie bei Hans Cornelius ab. 1925 ging er für ein Jahr nach Wien, um bei zwei Protagonisten der musikalischen Avantgarde, Alban Berg und Eduard Steuermann, zu studieren. Zurück in Frankfurt, intensivierte er den Kontakt zum »Institut für Sozialforschung« (gegr. 1923), mit dessen Direktor Max Horkheimer ihn seit der Universitätszeit gemeinsame theoretische Interessen verbanden.

Ein Hauptgegenstand der Arbeit des Instituts war die Erforschung der Ursachen jenes Selbstauflösungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft, der in Deutschland zum autoritären Staat führen sollte. Um zu begreifen, warum Menschen sich gegen ihr eigenes Interesse der Herrschaft unterwarfen und sich mit ihr identifizierten, verband die »Kritische Theorie« Einsichten von Marx und der analytischen Sozialpsychologie und begann, die bis dahin in Deutschland kaum bekannte Methodik der empirischen Sozialforschung in ihre Untersuchungen zu integrieren. Neben Herbert Marcuse, Leo Löwen-

thal, Erich Fromm und anderen arbeitete A. als Musiktheoretiker an einer interdisziplinär angelegten ideologiekritischen Theorie des gesamtgesellschaftlichen Verlaufs. Den gesellschaftlichen Gehalt der Musik förderte er nicht soziologisch von außen zutage, sondern durch die Analyse der ästhetischen Formgesetze der Werke selbst. Zugleich arbeitete er, angeregt von Ernst Bloch und Georg Lukács und in produktivem Austausch mit seinem Lehrer und Freund Walter Benjamin, in seiner Habilitationsschrift über Sören Kierkegaard – 1930 von Paul Tillich in Frankfurt angenommen – den gesellschaftlichen und potentiell kritischen Gehalt von Philosophie heraus.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 versuchte A. zunächst, in Deutschland zu »überwintern«. Gleichzeitig bemühte er sich, in Oxford akademisch Fuß zu fassen. Bis 1937 kehrte er von dort regelmäßig zu längeren Aufenthalten nach Frankfurt zurück. Erst die energische Intervention Horkheimers, der sich keine Illusionen über die NS-Diktatur machte, veranlaßte A. 1938, zusammen mit seiner Frau, der promovierten Chemikerin Margarete Karplus, in die USA zu emigrieren. Dort änderte er seinen Namen in »Theodor W. Adorno«.

Nicht nur die ständige Mitarbeit in dem inzwischen in New York ansässigen »Institut für Sozialforschung«, sondern vor allem auch die »Erfahrung des Substantiellen demokratischer Formen« bestimmte A.s weitere Tätigkeit: »daß sie in Amerika ins Leben eingesickert sind, während sie zumindest in Deutschland nie mehr als formale Spielregeln waren und, wie ich fürchte, immer noch nicht mehr sind. Drüben lernte ich ein Potential realer Humanität kennen, das im alten Europa so kaum vorfindlich ist. Die politische Form der Demokratie ist den Menschen unendlich viel näher. (...) Begegnet man etwa in soziologischen Studien in Deutschland immer wieder Aussagen von Probanden wie: Wir sind noch nicht reif zur Demokratie, dann wären in der angeblich so viel jüngeren Neuen Welt derlei Äußerungen von Herrschgier und zugleich Selbstverachtung schwer denkbar. Ich möchte damit nicht sagen, daß Amerika vor der Gefahr eines solchen Umkippens zu totalitären Herrschaftsformen gefeit sei. Eine solche Gefahr liegt in der Tendenz der modernen Gesellschaft überhaupt. Aber wahrscheinlich ist die Resistenzkraft gegen faschistische Strömungen in Amerika doch größer als in irgendeinem europäischen Land, mit Ausnahme vielleicht von England.«

Mit der Kritik an der Kulturindustrie in den USA, die eine Vorreiterrolle für den europäischen, inzwischen weltweiten Betrieb der Massenkultur einnahm, und mit den in der Emigration entstandenen bahnbrechenden *Studien zum autoritären Charakter* (1950) trug A. zur Einsicht der demokratischen Gesellschaft in ihre eigene Ambivalenz bei. Nach A. besteht der innere Widerspruch der Kultur darin, daß sie ihr

Versprechen von Humanität auf der Basis einer inhumanen, repressiven Gesellschaftsformation gibt – und schließlich selbst dementiert, wenn sie sich, als Kulturindustrie, ganz den Regeln der Warenproduktion unterwirft. Und die Tendenz zur Selbstunterhöhung der demokratischen Gesellschaft wurde in den *Studien zum autoritären Charakter* erstmals einer empirischen sozialpsychologischen Analyse zugänglich: Sie zeigte, bei welcher Charakterdisposition Individuen »besonders empfänglich für antidemokratische Propaganda« sind.

1941 zog zunächst Horkheimer und kurz danach A. nach Los Angeles: Gemeinsam verfaßten sie hier die *Dialektik der Aufklärung*. 1944 abgeschlossen, aber erst 1947 veröffentlicht, thematisiert das Werk die »Selbsterstörung der Aufklärung«. Aufklärung, ganz allgemein »das fortschrittliche Denken«, das darauf zielt, »von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen«, führt zur radikalen »Entzauberung der Welt«, zur Emanzipation der Erkenntnis vom Mythos, endet aber in diesem Prozeß selbst als Mythos, als Herrschaft des technisch-instrumentellen Denkens unter den Bedingungen des »Warenfetischismus«.

1945/46 arbeitete A. – noch in den USA – an Thomas Manns Roman *Doktor Faustus* (erschieden 1947) mit, vor allem an den musiktheoretischen Passagen. 1949 kam A.s *Philosophie der neuen Musik* heraus, 1952 der *Versuch über Wagner*. Außerdem veröffentlichte er eine Sammlung eigener Aphorismen unter dem Titel *Minima Moralia* (1951). Gemeinsam mit Horkheimer 1949 nach Frankfurt zurückgekehrt, bekleidete A. seit 1950 eine außerplanmäßige Professur für Philosophie und Musiksoziologie an der Universität Frankfurt, die sieben Jahre später in ein Ordinariat umgewandelt wurde. Und er leitete zusammen mit Horkheimer das 1951 in Frankfurt neueröffnete »Institut für Sozialforschung«, das in den fünfziger Jahren der kritischen Soziologie zum Durchbruch in der Bundesrepublik verhalf.

In den sechziger Jahren wurde A. zu einem der wichtigsten Intellektuellen der Republik. Von 1963 bis 1968 war er Vorsitzender der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie«. Seine Essaysammlungen, die *Prismen* (1955), *Einriffe* (1963) und *Stichworte* (1969) entfalteten ihre Wirkung weit über die akademische Sphäre hinaus. Er war im Rundfunk und in der Presse als pointiert formulierender Aufklärer präsent. »Adorno hat in den letzten fünfundzwanzig Jahren seines Lebens sein Augenmerk auf das Fortleben des Nationalsozialismus gelegt. Aus dem Bewußtsein der Gegenwart von Auschwitz wurde das Bewußtsein notwendigen Erinnerns«, schrieb Detlev Claussen.

Der Kampf gegen das Vergessen, das unter dem Titel »Vergangenheitsbewältigung« die letzten Hindernisse aus dem Weg räumen sollte, die der Restauration, dem Wirtschaftswunder und der »formierten Gesellschaft« (Ludwig Erhard) im Wege

standen, zeigte Wirkung. Mitte der sechziger Jahre machte sich die inzwischen so genannte »Frankfurter Schule« als einflussreiche Impulsgeberin gesellschaftlicher Reformprozesse bemerkbar. 1966 formulierte A. im Hessischen Rundfunk sein Konzept von Erziehung als »Herstellung eines richtigen Bewußtseins. (...) Man kann sich verwirklichte Demokratie nur als Gesellschaft von Mündigen vorstellen.« (*Erziehung zur Mündigkeit*, 1971). Der Vietnamprotest (gegen die Bombardierung Nordvietnams durch die USA seit 1965), die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorge durch einen Polizisten bei einer Anti-Schah-Demonstration 1967, das Attentat des Arbeiters Josef Bachmann auf Rudi Dutschke, einen der führenden Köpfe der Studentenrevolte, am 11. April 1968, beeinflussten in den folgenden Jahren das politische Klima der Bundesrepublik. Bald stellte sich heraus, daß es in der Kritik an der bestehenden Gesellschaft Übereinstimmungen zwischen A. und der Protestbewegung gab, aber Differenzen über die Mittel, Veränderung zu ermöglichen. Zwar solidarisierte sich A. öffentlich mit den Intentionen des studentischen Protests, der ja nicht nur auf Reform der Universitäten zielte, sondern auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einleitete. Er sah die aktuelle Notwendigkeit einer außerparlamentarischen Opposition, unterstützte den Widerstand gegen die (1968 vom Bundestag beschlossenen) Notstandsgesetze und erklärte die studentische Blockade der Auslieferung von Zeitungen aus dem Axel-Springer-Verlag (Ostern 1968 als Reaktion auf den Mordanschlag gegen Dutschke) für legitim. Aber anders als etwa Herbert Marcuse lehnte er alle Formen von Aktionismus und Gewaltanwendung ab, die sich selbst mit revolutionärer Tat verwechselten und in A. Erinnerungen an das antidemokratische Potential in der Weimarer Republik weckten. »Der entscheidende Differenzpunkt ist wohl der«, sagte er, nicht lange vor seinem Tod, in einem Zeitungsinterview über die Möglichkeit radikaldemokratischer Politik in der Bundesrepublik, »daß unter den gesellschaftlichen und technischen Bedingungen der Gegenwart verändernde Praxis überhaupt vorstellbar ist nur als gewaltlos und durchaus im Rahmen des Grundgesetzes.« A.s philosophische Arbeit konzentrierte sich in diesen letzten Jahren auf die Ausarbeitung seines Spätwerks. Viele nahmen es ihm übel, daß er sich nicht politisch vereinnahmen ließ. Die tumultartigen Störungen seiner Lehrtätigkeit mögen A. verunsichert und zu Fehleinschätzungen verleitet haben, so z.B., als er 1969 aus Angst vor einer Besetzung des Instituts für Sozialforschung durch Frankfurter Studenten die Polizei um Hilfe rief. Dazu kam eine Kampagne, die gegen seine Edition der Schriften Walter Benjamins angezettelt wurde. Zu Unrecht warf man ihm vor, er habe in der Emigrationszeit Benjamins Abhängigkeit vom Institut ausgenutzt und später seine Schriften verfälscht. Zermürbt verließ A. nach dem Prozeß, den man

seinem Doktoranden Hans-Jürgen Krahl wegen Landfriedensbruchs gemacht hatte, im Juli 1969 Frankfurt, um mit seiner Frau Ferien in der Schweiz zu machen. Dort starb er an einem Herzinfarkt. Seine *Negative Dialektik* (1966) und die *Ästhetische Theorie* (1970 posthum unabgeschlossen erschienen) haben den philosophischen Diskurs seit den siebziger Jahren bis heute entscheidend beeinflusst.

Früchtl, J.; Calloni, M. (Hg.): Geist gegen den Zeitgeist. Erinnern an Adorno. Frankfurt/Main 1991. – Scheible, H.: Theodor W. Adorno. Reinbek bei Hamburg 1989. – Schweppenhäuser, G. (Hg.): Soziologie im Spätkapitalismus. Zur Gesellschaftstheorie Theodor W. Adornos. Darmstadt 1995. – Wiggershaus, R.: Theodor W. Adorno. München 1987.

Gerhard Schweppenhäuser

### Afsprung, Johann Michael

Geb. 21. 10. 1748 in Ulm; gest. 21. 3. 1808 in Ulm



A. stammte aus ganz bescheidenen Verhältnissen, sein Vater war ein einfacher Schlosser, aber er konnte teils autodidaktisch, teils an dem renommierten Ulmer Gymnasium eine gute Bildung, vor allem in alten Sprachen und in der Mathematik, erwerben. Schon früh wurde aus A. ein entschiedener Gegner der Oligarchie, die in Ulm

wie in den meisten deutschen Reichsstädten herrschte, und er bekannte sich ebenso entschieden zu den aufklärerischen Idealen der Vernunft, der Tugend und der Freiheit. 1770 verließ er Ulm, ging nach Wien, dann nach dem ungarischen Sarospatak als Lehrer, dann wieder nach Wien. Dort gab er – zusammen mit seinem Freund Johann Friedrich Mieg – eine Streitschrift heraus, die *Freymüthigen Briefe an Herrn Grafen von V. über den gegenwärtigen Zustand der Gelehrsamkeit der Universität und der Schulen zu Wien* (Frankfurt und Leipzig 1775), was zu seiner und Mieg's Vertreibung aus Wien führte. Er machte die Bekanntschaft von Friedrich Gottlieb Klopstock und Johann Bernhard Basedow, arbeitete in Dessau und Amsterdam als Lehrer, publizierte unter anderem in Schubarts *Teutscher Chronik* und verfaßte eine Polemik gegen die Schulverhältnisse in Ulm, was von den Großen seiner Heimatstadt übel vermerkt wurde. Dennoch erhielt er in Ulm für kurze Zeit ein kleines Amt, das er aber sehr bald wieder aufgab.

1781 veröffentlichte er eine seiner besten Arbeiten, die *Bemerkungen über die Abhandlung von der teutschen Lite-*

ratur; womit er sich an der öffentlichen Debatte über König Friedrichs II. Schrift *De la littérature allemande* (1780) beteiligte. Unter den zahlreichen Gegenschriften ist A.s Arbeit die aggressivste und originellste. Auf der Grundlage einer präjakobinischen Konzeption lehnte A. jedes aristokratische Mäzenatentum ab und erhoffte einen Aufschwung der Literatur von revolutionären Bewegungen.

1782 unternahm A. eine Reise durch Süddeutschland und die Schweiz, die er in dem Buch *Reise durch einige Cantone der Eidgenossenschaft* (Leipzig 1784) beschrieb. Dieses gehaltvolle Buch gehört zu den politisch engagierten Reisebeschreibungen, die damals aufkamen. Ausgehend von den Ideen der Aufklärung kritisierte A. die aristokratischen und bürgerfeindlichen Zustände in den südwestdeutschen Reichsstädten und in den ähnlichen Stadtkantonen der Schweiz wie Luzern und Zürich. Als Ideal stellte A. den patrizischen Städten die urwüchsige und gesunde, »reine« Demokratie in den sogenannten Landsgemeindekantonen entgegen, also Kantonen wie Appenzell-Außerroden, in denen die Gesetzgebung und die Wahl der ausführenden Beamten direkt vom gesamten Volk (allerdings nur von den Männern) ausging. In dieser direkten Demokratie sah A. ein nachahmenswertes Modell für die kleineren Staatswesen in Deutschland, während er für die größeren Territorien damals noch den aufgeklärten Absolutismus für einzig möglich hielt – er war ein Verehrer Kaiser Josephs II. (1765–1790).

A.s Buch wurde ein beachtlicher Erfolg, es wurde aber auch kritisiert. Es kam sogar zu einer öffentlichen Debatte. Konservative Aufklärer wie der Göttinger Vielschreiber Christoph Meiners polemisierten gegen die republikanischen und freiheitlichen Tendenzen A.s, liberale Schriftsteller wie Johann Struve und Johann Gottfried Ebel dagegen vertraten ähnliche Auffassungen wie A.

In Heidelberg, wo er als Privatlehrer und Publizist lebte, schrieb A. das Buch *Über die vereinigten Niederlande...* (1787).

Für die Ideale der Französischen Revolution setzte sich A. in einer Reihe von Aufsätzen ein, die er im *Braunschweigischen Journal* beziehungsweise seiner Fortsetzung, dem *Schleswigschen Journal* veröffentlichte, in denen er Revolutionsgegner wie den Arzt und Schriftsteller Christoph Girtanner angriff. Wegen seiner revolutionsfreundlichen Haltung wurde er 1798 aus der Freien Reichsstadt Lindau, wo er einige Zeit als Privatlehrer gelebt hatte, auf österreichischen Druck hin ausgewiesen. In einer kleinen Schrift – *Johann Michael Afsprungs Schreiben an Fr. L. zu M. Ein Beitrag über Deutschlands Verfassung und Freiheit* (1799) – hat A. die jammervolle Ohnmacht der kleinen deutschen Reichsstädte und die Notwendigkeit einer einschneidenden Veränderung der deutschen Verfassung nachgewiesen.

Die Ausweisung aus Lindau führte zu einer wichtigen Veränderung in A.s Leben. Anfang 1798 hatte es in der Schweiz eine Art bürgerliche Revolution gegeben, initiiert einerseits von schweizerischen Demokraten, die eine Modernisierung der anachronistisch gewordenen Eidgenossenschaft anstrebten, andererseits stark beeinflusst vom nachthermidorianischen, direktorialen Frankreich, das an seiner Ostgrenze einen dienstbaren Satellitenstaat wünschte. Es entstand die Helvetische Republik, ein moderner Zentralstaat, mit dem der Demokrat A. stark sympathisierte. Er siedelte nach St. Gallen, später nach Zürich über, wurde vor dem Parlament der Helvetischen Republik feierlich zum Bürger des neuen Staates ernannt und veröffentlichte in St. Gallen eine ganze Reihe von Artikeln, in denen er sich für die repräsentative Demokratie, wie sie sich in der Helvetischen Republik zu entwickeln begann, einsetzte. Kurze Zeit übte er sogar ein Staatsamt aus als Sekretär und Bürochef des Regierungstatthalters von Zürich. Als 1799 österreichische Truppen vorübergehend Zürich und die Ostschweiz besetzten, floh A. nach Neuchâtel. Dort erreichte seine publizistische Tätigkeit einen letzten Höhepunkt, als er mit drei Flugschriften in die Verfassungsdebatten der Helvetischen Republik im Jahre 1800 eingriff. In den folgenden Jahren wurden die radikalen Demokraten, zu denen A. gehörte, immer mehr zurückgedrängt, bis schließlich 1803 der französische Konsul Napoleon Bonaparte der Helvetischen Republik ein trauriges Ende bereitete. Viele Demokraten, unter ihnen auch A., resignierten. 1807 kehrte er nach Ulm zurück als Professor an dasselbe Gymnasium, das er in jungen Jahren zum Ärger der Ulmer Regierung scharf kritisiert hatte. Bald darauf ist er in seiner Heimatstadt gestorben.

Höhle, Th.: Der »schwäbische Seume«. Über den radikal-demokratischen Publizisten Johann Michael Afsprung, in: Weimarer Beiträge, 12. Jg., 1983. – Höhle Th.: König und Jakobiner. Johann Michael Afsprung und seine Bemerkungen über die Abhandlung von der teutschen Literatur gegen König Friedrich II. von Preußen, in: Hallesche Studien zu Wirkungen von Sprache und Literatur, 7. Jg., 1983.

Thomas Höhle

## Albertz, Martin

Geb. 7. 5. 1883 in Halle; gest. 29. 12. 1956 in Berlin

A. war ein Mann der Kirche. Als im Januar 1933 die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten erfolgte, stand er bereits auf der Seite der Kritiker und Mahner. Die schon bald einsetzenden Kämpfe um die Kirche, für A. ein Kampf um die »Wahrheit des Evangeliums« gegen den totalitären Anspruch der Diktatur, führten ihn auf die Seite der »Bekennenden Kirche« (BK) in Berlin und dort in verschiedene Ämter bis in die »2. Vorläufige Kirchenleitung« (2. VKL) ab 1936.

»Recht muß doch Recht bleiben« – so hat er seinen Standpunkt formuliert, als im gleichen Jahr um den Text der »Denkschrift der 2. VKL an Hitler« gerungen wurde, die die Gewaltherrschaft des NS-Regimes kritisierte. Manches war nicht deutlich genug. Denn A., der sich als einer der wenigen in der BK seit 1934 um die Einrichtung einer Hilfsstelle für Christen jüdischer Herkunft bemühte hatte, drängte vergeblich auf ein offizielles Wort der BK zu ihren Gunsten. Erst 1938 gelang es in einem neuen Anlauf gemeinsam mit dem Heidelberger Pfarrer Hermann Maas, das »Büro Grüber« als Hilfsstelle (bis 1941) einzurichten. Schon vor 1933 hatte A. gewarnt: »Aber es läßt sich wohl denken, daß der Glaube an die Vorzüglichkeit einer bestimmten Rasse die Vernichtung von fremden Menschen fordert, die die Innere Mission um der Liebe Christi willen nicht zulassen will.« Diese schreckliche Prophezeiung traf ein: Die schrittweise Entrechtung und spätere Vernichtung der Juden wurde von der Kirche, auch der Bekennenden Kirche, weitgehend toleriert. Im Krieg wurde das NS-Regime loyal unterstützt – auch von vielen Mitgliedern der BK.

Die kirchliche Opposition stand zu diesem Zeitpunkt selbst unter Druck. Nach anfänglichem Zögern hatte sie beherzigt, was A. ebenfalls schon im Januar 1933 gefordert hatte: »Der Kirche ist das lebendige Wort gegeben. Die Freiheit der Verkündigung steht in Gefahr überall da, wo der totale Staat die Gesamtheit des Lebens zusammenzufassen und zu erdrücken sucht. Die Kirche als Ganzes muß sich gegen diesen Übergriff wehren; mag der Staat, um den es dabei geht, bolschewistisch oder faschistisch sein.«

A. wuchs als Sohn eines reformierten Dom- und Hofpredigers in Halle, Breslau und Posen auf. Am Ende der Schulzeit entschloß er sich zum Theologiestudium. Die vom Vater Hugo angenommene reformierte Konfession und die Verbindungen zum Pietismus wurden für A. wichtige Identitätsmerkmale, aber nicht im orthodoxen Sinne. Im Studium wurde er von der von den ethischen Prinzipien Kants ausgehenden Theologie Albrecht Ritschls und den Vertretern der Religionsgeschichtlichen Schule entscheidend beeinflusst. Nachdem er seine Promotion einem dogmengeschichtlichen Thema (*Die Geschichte des Jungarianismus*, 1908, veröffentlicht als *Die Schriften des Eunomius*, 1908, und *Zur Geschichte der Jungarianischen Kirchengemeinschaft*, 1909) gewidmet hatte, wurde A. mit einigen anderen zum Entdecker der »Formgeschichte«, einer Methode zur Interpretation der biblischen Schriften.

Durch das Engagement in der »Deutschen Christlichen Studentenvereinigung« (DCSV) lernte A. erstmals die Bemühungen kennen, die im internationalen Protestantismus einen ökumenischen Prozeß der Vereinigung anstrebten. Der Theologe und sozialistische Sozialpolitiker Friedrich Sigmund-Schultze wurde ihm zum Freund, Karl Heim gewann als Sekretär des

DCSV und als Systematiker Einfluß auf sein theologisches Denken. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges – A. hatte inzwischen Marianne Keil geheiratet und eine Pfarrstelle in Stappen bei Breslau angetreten – veröffentlichte er eine Schrift zum ökumenischen Thema (*Weltweite Ziele des Protestantismus*, 1914), in der er die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat zur Voraussetzung einer notwendigen ökumenischen Entwicklung erklärte. Als vorbildhaft stellte er die Situation der Kirchen in den Demokratien von England, den USA und der reformierten Schweiz heraus. Aus seiner Perspektive konnte die Kirche aber auch in anderen, etwa autoritären Staatsformen lebensfähig sein – vorausgesetzt, die Unabhängigkeit war gewahrt, und die Kirche übte das Wächteramt gegenüber der »Obrigkeit« aus. Johannes Calvins Kirchen- und Staatsverständnis haben seine Auffassung maßgeblich mitgeprägt.

Trotz schlechter körperlicher Konstitution beantragte A. zu Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 die Einziehung zum Militärdienst, er wurde aber abgelehnt. Doch erkannte er bald durch zahlreiche Korrespondenz mit den Soldaten und seine Seelsorge in den Familien die Schrecken, die die moderne Waffentechnik und die Verbissenheit der Kriegsgegner verursachten.

Die Revolution vom November 1918 lehnte A. ab. Sie widersprach seinem Prinzip: »Nicht Reaktion, nicht Revolution, sondern Reformation«. Dies vermochte die Sozialdemokratie nicht zu garantieren. A. gründete deshalb noch Ende 1918 einen »antirevolutionären Volksrat« und eine Ortsgruppe der »Deutsch-Nationalen Volkspartei« (DNVP). Dies geschah aber nicht aus einem antidemokratischen Impetus heraus, sondern u. a. aufgrund der notwendigen Neuordnung des Staat-Kirche-Verhältnisses, wobei sich die rechtskonservative Sammelpartei zuerst als Anwältin der Kirche anbot. Der Weimarer Republik stand A. reserviert gegenüber. Zwar begrüßte er in der neuen Staatsform die Trennung von Kirche und Staat, doch vermisse er aus christlich-reformierter Perspektive vor allem die »göttliche Legitimation«, wie er sie u. a. in England und in den USA gegeben sah.

In den politischen wie kirchlichen Parteien sah A. eines der größten Probleme von Demokratie und Kirchenorganisation. Im Hinblick auf die Kirche meinte er, daß nach dem aristokratisch-calvinischen Prinzip der »Herrschaft der Besten« zu verfahren und eine Demokratisierung nach dem Vorbild der staatlichen Parteien-Demokratie abzulehnen sei (*Demokratisierung der Kirche oder Gemeindekirche?*, 1920). Den liberalen Parteigängern warf er vor, sich nicht für die Sache der Kirche zu engagieren. A. sprach sich für das presbyterial-synodale Prinzip nach dem Vorbild der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung aus, d. h. für den Aufbau der Kirchenstrukturen von unten nach oben. Auch votierte er für eine

stärkere Beteiligung bisher marginalisierter Gruppen bei der Leitung der Kirche: der Frauen, der Jugend und des Arbeiterstandes. Innerhalb der DNVP ist er nicht zuletzt aufgrund seines sozialen Engagements gegen die Benachteiligung der Bauern im Stampener Pfarramt dem sozial-christlichen Flügel zuzurechnen. Der völkischen bzw. der nationalsozialistischen Bewegung stand er von Anfang an mit Skepsis und Ablehnung gegenüber. Als die DNVP sich 1928 radikalisierte, trat er aus.

In einem Vortrag zum Thema *Die Stellung der Kirche zu den politischen Parteien* betonte A. 1931, die Kirche habe »allen Parteien das Gewissen zu schärfen sowie die deutsche Partei-sucht, den Egoismus und praktischen Materialismus aller Parteien zu bekämpfen«. Kommunismus und Nationalsozialismus stellte er als größte Gefahren dar, gegen die sich die übrigen Kräfte zusammenschließen müßten. Er sprach sich jetzt für den »Christlich-Sozialen Volksdienst« (CSVD) aus, eine Splitterpartei, die er als »Bewegung« charakterisierte.

Von 1921–28 hatte A. als Direktor eines Predigerseminars (in Berlin bzw. Stettin) neue Erfahrungen gemacht. In Auseinandersetzung mit der Generation künftiger Theologen hatte er Gelegenheit, sich mit der theologischen und geistigen Entwicklung auseinanderzusetzen. Von wesentlicher Bedeutung waren zwei Reisen, die er mit Seminaristen nach Dänemark und Schweden unternahm: mit der Absicht ökumenischer Praxis und dem Effekt, daß man auf diese Weise das Leben in anderen demokratischen Ländern kennenlernte. Die wichtigste Schrift dieser Jahre erschien unter dem Titel *Geschichtsmystik oder Schicksalserfüllung*, eine Auseinandersetzung mit der modernen Theologiegeschichte.

1928 wurde A. zum Superintendenten des Kirchenkreises Soldin/Neumark berufen. Während der folgenden drei Jahre war er mit den Auseinandersetzungen um den dortigen Pfarrkollegen konfrontiert, der 1927 in die NSDAP eingetreten und Fraktionsvorsitzender im Soldiner Stadtrat geworden war. Als A. Ende 1931 in Superintendentur und Pfarramt nach Berlin-Spandau berufen wurde, war dies bereits der Vorabend des »Dritten Reiches«, dessen Vorboten – nicht zuletzt in Person eines der Pfarrer – ihren Einfluß bereits deutlich zur Geltung brachten. Bei Gemeindekirchenwahlen vom November 1932 erreichten die nationalsozialistischen »Deutschen Christen« in der St. Nicolai-Gemeinde über 50 Prozent der Stimmen. Die sich daraus ergebenden Konflikte und die allgemeine politische Lage kritisierte A., als er 1932 die Herausgeberschaft der *Preussischen Kirchenzeitung* übernahm.

Nach Einsetzung der »Staatskommissare« im Juni 1933 wurde A. von seinen Ämtern suspendiert, weil er sich gegen die Einführung des sogenannten »Arierparagraphen« in der Kirche (Ausschluß der zum Christentum konvertierten Juden) ausgesprochen und sich anschließend geweigert hatte, den Eingriff

des NS-Staates in das »Wesen der Kirche« als rechtmäßig anzuerkennen. Dies war faktisch der Beginn des Rechtskampfes, den der »konsequente« Teil der BK gegen die staatlich sanktionierten Kirchenbehörden und den NS-Staat führten. Im Sommer 1937 wurde A. zum erstenmal verhaftet, als er entgegen staatlicher Anordnung Kollekten veranstaltete. 1941 erfolgte die zweite Festnahme durch die Gestapo aufgrund seiner Tätigkeit als Leiter des Ausbildungs- und Prüfungsamtes: Er wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Auch während der Haft setzte A. seine Arbeit als Seelsorger fort mit Hilfe von Gefängnisbriefen, die seine Frau heraus-schmuggelte. Über die Aktivität der protestantischen Widerstandsgruppen war er gut informiert, als er, Ende des Jahres 1942 aus der Haft entlassen wurde und seine Arbeit in der Illegalität wieder aufnahm. Er beteiligte sich an den Debatten um einen Neuanfang nach dem Ende des NS-Regimes, ehe er 1944 wieder verhaftet wurde. Erst im April 1945 kam er frei. Gerade nach Spandau zurückgekehrt, wurde seine Wohnung durch Bombenangriffe auf Berlin zerstört.

Eine angemessene Mitwirkung am Aufbau der Kirche nach dem Krieg wurde ihm nicht gewährt: Seine Position galt als zu radikal für den restaurativen Kurs, der auf der Kirchenkonferenz in Treysa Ende August 1945 eingeschlagen wurde, auf der ehemals völkisch und deutschnational gesinnte »Kirchenführer« den Ton angaben und der dann zum Ratsvorsitzenden gewählte Landesbischof Theophil Wurm vor »Experimenten« warnte. Neben seiner Tätigkeit als Seelsorger widmete sich A. den Fragen nach der Schuld und dem Verhältnis zwischen Christen und Juden. Als Professor für Neues Testament und Reformierte Theologie lehrte er an der Kirchlichen Hochschule in West-Berlin und an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin.

Noss, P.: Martin Albertz. Ein reformierter Theologe im Berliner Zentrum der Bekennenden Kirche. Berlin (Phil. Diss.) 1995.

Peter Noss

## Allhusen, Carl Georg (Pseud.: Wendel-Hippler)

Geb. 1. 7. 1798 in Kiel; gest. 11. 1. 1866 in Kiel

A. hatte die Fünzig überschritten, als er 1848 seinen bürgerlichen Erwerb aufgab und Kraft, Zeit und Vermögen einer Volksaufklärung widmete, die die deutschen Behörden als aufrührerisch verfolgten. Er setzte der nachrevolutionären Vorherrschaft konservativen Denkens die humanistische Tradition der materialistischen Aufklärung entgegen und versorgte die deutschen Arbeiter mit der radikal-demokratischen und sozialkritischen Literatur Westeuropas.

Aus vermöglicher Kaufmannsfamilie kommend, erhielt A., gleich seinen beiden jüngeren Brüdern, eine solide kaufmännische Ausbildung in Rostock, arbeitete sieben Jahre als Angestellter in Newcastle, gründete hier 1826 ein eigenes Handelsunternehmen und 1832 ein weiteres in Liverpool. 1835 ging er nach New Orleans, erwarb ein Jahr darauf die amerikanische Staatsbürgerschaft und blieb, bis ihn die Krise 1839 zur Rückkehr nach Europa veranlaßte. Neunundzwanzigjährig heiratete er die Engländerin Margaret Elliot, die bis 1844 zwei Töchter und vier Söhne gebar. Ein erbitterter Vermögensstreit mit seinem Bruder veranlaßte ihn 1840, England zu verlassen. A. übersiedelte mit seiner siebenköpfigen Familie nach Kiel und Hamburg, bereiste Europa und erlebte 1847/49 als Außenhandelskorrespondent in Bordeaux die Revolution, die sein Leben gänzlich veränderte.

Bereits sein erster Englandaufenthalt erlaubte ihm den Vergleich der Vorzüge einer liberalen Verfassung mit den zurückgebliebenen deutschen Verhältnissen, aber auch den Einblick in die verheerenden sozialen Folgen der industriellen Revolution und die Formen proletarischen Widerstands. Die hier gesammelten Erfahrungen weckten sein soziales Empfinden, sein sozialtheoretisches Interesse und schärften seinen politischen Blick. A.s Aufzeichnungen bezeugen detaillierte Kenntnis der zeitgenössischen sozialen und politischen Bestrebungen: zunächst der Bemühungen Robert Owens, der in seiner Baumwollspinnerei in New Lanark den Eigentümern bewies, daß Verkürzung der Arbeitszeit, Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen die Arbeiter kultivieren konnten, ohne die Effektivität des Unternehmens zu beeinträchtigen; und der dann – zur Zeit, als A. in Newcastle einen seiner Vorträge hörte – in Regierungskreisen zunächst für eine Sozialgesetzgebung, schließlich für eine allgemeine Sozialreform warb. A. las owenistische Literatur, verfolgte Aufschwung und Niedergang der Siedlungsversuche, mit denen die Owenisten durch menschenwürdige Daseinsbedingungen eine sittliche Regeneration der Menschheit »The New Moral World«, erreichen wollten. Er beobachtete neben den Communities die Genossenschaftsbewegung, mit der sich Kleingewerbetreibende der Konkurrenz großer Industrie- und Handelsunternehmen zu erwehren versuchten. Er beobachtete die Kämpfe der Trade-Unions, die nichts vom Wohlwollen der Reichen erwarteten, sondern die Arbeiter organisierten, um den Unternehmern durch Streiks soziale Zugeständnisse abzutrotzen. Er las die Presse der proto-sozialistischen Bewegung der Chartisten (*People's Charter*; 1837), wußte um ihre Strategie politischer Selbsthilfe, die weder von vereinzelt Streiks noch von den derzeit Regierenden eine grundlegende Besserung erhoffte, sondern die Arbeiter im Kampf für das allgemeine Wahlrecht organisierten, um die Gesetzgebung unmittelbar zu beeinflussen.

In Übersee studierte A. die Vorzüge einer bürgerlich-repu-

blikanischen Verfassung samt den Schriften der geistigen Wegbereiter der amerikanischen Revolution und bereiste mit seiner Frau die Nord- und Südstaaten der USA. Zwar belehrte ihn der Vergleich von Verfassung und Realität, daß gleiche politische Rechte an der sozialen Abhängigkeit der besitzlosen Mehrheit nichts änderten. Auch gewährte er auf beiden Kontinenten mit Entfaltung der kapitalistischen Gesellschaft die gleiche, durch zyklische Krisen bedingte ökonomische Labilität, die gleiche soziale Polarisierung und das politische Unvermögen, die von der kapitalistischen Profitwirtschaft aufgeworfenen Probleme zu lösen. Dennoch empfahl A. den Arbeitern eine bürgerlich-parlamentarische Republik als die für ihre Emanzipation günstigste Rahmenbedingung.

Nach Europa zurückgekehrt, sondierte er die Vielfalt sozialistischer und kommunistischer Bestrebungen. A. sah beide Strömungen als unterschiedlich akzentuierten theoretischen Ausdruck sozialer Probleme, als entstehende »Wissenschaft der Gesellschaft«. Betone der Sozialismus die Freiheit und fordere gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle und ebenso gleichen Anspruch auf die Früchte der Arbeit, so unterstreiche der Kommunismus die »Gleichheit«, leite aus der gleichen Natur der Menschen gleichen Anspruch auf Besitz, Bildung und Arbeit ab und sehe im gesellschaftlichen Eigentum und gleicher Teilhabe an gemeinschaftlicher Arbeit die Garantie solcher Freiheit.

1848 bekehrte ihn die persönliche Bekanntschaft mit Etienne Cabet (*Voyage en Icarie, roman philosophique et social*, 1842) und die Lektüre seiner Werke zum Kommunismus. Ab 1849 verfaßte, übersetzte und edierte A. in Kiel auf eigene Kosten Flugschriften, Plakate und Aufrufe. Binnen eines Jahres überschwemmte er Buchhandel, Arbeiter- und Gewerbevereine sowie Gesellenherbergen mit einem halben Dutzend Schriften in 13 500 Exemplaren. Er verbreitete populär bearbeitete Übersetzungen der Hauptwerke der angloamerikanischen und französischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts, rehabilitierte die radikalen Demokraten der Französischen Revolution und propagierte die programmatischen Schriften des (die gewaltsame Durchsetzung des Kommunismus ablehnenden) »ikarischen« Kommunismus.

A. übernahm die Owensche Kapitalismuskritik, die im Geld die Ausbeutung schlechthin bekämpfte, und teilte dessen Erziehungsoptimismus, mißbilligte jedoch die elitäre Reformkonzeption, die alle Hoffnung auf die Oberklassen setzte: »Jede Verbesserung für die Menschheit muß von den Arbeiterklassen selbst ausgehen«, schrieb er Owen. In dieser Hinsicht befürwortete A. die Emanzipationsstrategie des gleichfalls vom Chartismus faszinierten Cabet, der die Arbeiter mobilisierte, um im Verlaufe einer längeren Übergangsperiode die Wahrnehmung der Interessen des arbeitenden Volkes durch dessen politische Mitbestimmung zu sichern und nach und nach

ökonomische Reformen (Förderung gesellschaftlicher Produktionsformen), soziale (Verringerung der Vermögensunterschiede) und kulturelle einzuleiten: »Das einzige Mittel für das Glück des Volkes ist die Demokratie (...) Schon der Uebergang zur Gütergemeinschaft würde sofort dem Volke große, unendliche Vortheile gewähren und das Elend verschwinden lassen, ohne der Classe der Reichen wehe zu thun«, versicherte A. den deutschen Arbeitern in einem Aufruf 1850. Nach dem Arbeiteraufstand vom Juni 1848 in Paris aber tadelte er Cabets Beharren auf Gewaltlosigkeit, warb jedoch bis zuletzt für dessen kommunistischen Siedlungsversuch in Nauvoo (Illinois).

In einer *Allgemeinen politischen Volksbelehrung für Jedermann* erklärte A. bloßen Herrscherwechsel als Mittel politischen Wandels für unzureichend und verlangte, Elend und Schmach an der Wurzel zu bekämpfen, nämlich am Privateigentum, das jeglichen Gemeinsinn untergrabe und das Egoismus, Nationalismus und sogar Kriege erzeuge. Um die Entwicklung des deutschen Untertans zum selbstbewußten Staatsbürger zu fördern, übersetzte A. 1851 Thomas Paines *The age of reason* (1793) und eine *Abhandlung über die ersten Grundsätze der Regierung und die Rechte des Menschen nebst Verfassung der französischen Republik vom 4. November 1848*. In weltanschaulicher Hinsicht folgte A. weder der deistischen Position Cabets noch den spiritualistischen Neigungen Owens, sondern bejahte die materialistische Philosophie des 18. Jahrhunderts als die der Menschheitsemanzipation am meisten förderliche. 1851/52 veröffentlichte er zwei Übersetzungen von Holbachs *Système de la Nature* (1770), das nicht nur die offizielle Kirche, sondern den Gottesgedanken selbst von materialistischem Standpunkt aus angriff. Die preußischen, sächsischen und österreichischen Behörden verfolgten A.s im holsteinischen Kiel hergestellte Schriften unnach-sichtig und intervenierten pausenlos bei der dänischen Regierung. Holstein gehörte seit dem Wiener Kongreß zum Deutschen Bund, Schleswig zu Dänemark, beide Herzogtümer in Personalunion zur dänischen Krone. Die liberalen schleswig-holsteinischen Behörden indessen beugten sich nur zögernd und widerwillig dem massiven politischen Druck. Im Herbst 1850 begannen in Kiel A.s Verhöre und polizeiliche Beobachtung; es folgten Ende 1852 Publikationsverbot, Haus-suchungen und Beschlagnahme seiner Werke, im Herbst 1853 ein Gerichtsverfahren, Polizeiaufsicht und Postüberwachung. A. wurde im Juli 1854 verhaftet und ausgewiesen. Er emigrierte nach England, konnte dank Intervention seiner Frau und des amerikanischen Konsuls befristet zurückkehren, überlistete weiterhin die Behörden, korrespondierte insgeheim mit Cabet und Owen, traf sich 1856 in London mit Owens Sekretär James Rigly und unterstützte die owenistische Agitation in den Armenvierteln. 1859 in Hamburg inhaftiert und

abermals dank der Gesuche seiner Frau und des amerikanischen Konsuls entlassen, erhielt er eine Aufenthaltserlaubnis für Kiel-Gaarden nur mehr unter Bedingungen, die ihm die letzten Lebensjahre verbitterten.

Balsler, F.: Sozial-Demokratie 1848/49. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution. Stuttgart 1965. – Seidel-Höppner, W.: Der fünfzehnjährige Krieg der deutschen Polizei gegen Carl Georg Allhusen (1850–1865), in: Beiträge zur Nachmärzforschung. Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Nr. 47. Trier 1994.

Waltraud Seidel-Höppner

## Althusius, Johannes

Geb. 1557 oder 1563 in Diedenshausen bei Berleburg; gest. 12. 8. 1638 in Emden.

Über Herkunft und Jugend von A. ist kaum etwas bekannt, ungewiß ist sogar sein Geburtsjahr. Sicher ist allerdings, daß er aus Diedenshausen stammte, einem Dorf in der Nähe von Berleburg, das zum calvinistisch geprägten Herrschaftsbereich der Grafschaft Wittgenstein-Berleburg gehörte. Nach Studien in Köln, Basel und Genf promovierte A. 1586 in Basel zum Doktor beider Rechte (des römischen und des kanonischen Rechts) und nahm noch im selben Jahr seine Lehrtätigkeit an der calvinistischen Hohen Schule in Herborn auf. Die folgenden Jahre waren der wissenschaftlichen Arbeit gewidmet: A. lehrte bis 1592 in Herborn, folgte dann einem Ruf an die Hohe Schule in Burgsteinfurt und kehrte 1596 wieder nach Herborn zurück.

Noch in Basel war seine *Jurisprudentia Romana* (1586) erschienen, 1591 reagierte A. mit einer kritischen *Vermahnung an die Richter* (»Ad Iudicem, ... Admonitio«) auf die zweifelhafte Verfahrenspraxis in Hexenprozessen und publizierte schließlich 1603 seine *Politica*. Weil A. auf dem Zusammenhang von Theorie und Praxis bestand, kam ihm der Wechsel von einem akademischen zu einem politischen Amt durchaus gelegen: Entgegen dem erklärten Willen seines Landesherrn trat A. 1604 sein Amt als Syndikus der calvinistischen Stadt Emden an. Die wirtschaftlich aufgestiegene Stadt benötigte in der Auseinandersetzung mit dem ostfriesischen Territorialfürsten einen kundigen Juristen und politischen Theoretiker, der als ihr Rechtsvertreter die Souveränitätsansprüche des lutherischen Fürsten möglichst wirksam zurückwies. Das Amt als beratendes Mitglied des Magistrats und als dessen Vertreter in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten verschaffte A. einen bedeutenden politischen Einfluß, den dieser selbstbewußt zu nutzen und schließlich zu steigern verstand, als er 1617 in das Emdener Konsistorium gewählt